| IMS Services Vorlagen | Arbeitsschutzorganisation Ordner 1 Register 10 | |
| --- | --- | --- |
| Fahrdienst Personenbeförderung |  |

|  |
| --- |
| Information zur Arbeitsschutzorganisation Fahrdienste zur Personenbeförderung (Beförderung von Menschen mit Erkrankungen, mit und ohne Behinderung, sichere Beförderung von Menschen mit Rollstühlen. |

1. **Vorwort**

Die Teilnahme am Straßenverkehr bedingt immer auch ein Unfallrisiko. Dies gilt für den Individualverkehr ebenso wie für die Nutzung von professionellen Fahrdiensten.

Sichere Mobilität von Menschen mit Behinderungen ein wichtiges Thema. Behinderte Menschen müssen sich in der Regel auf den Beförderungsdienst, Betreuer und Kraftfahrer verlassen.

Mit systematischer Vorsicht lässt sich so mancher Unfall verhindern oder zumindest die Unfallverletzung gering halten.

Bei Verkehrsunfällen sind Fahrgäste, die in ihrem Rollstuhl sitzend in Fahrzeugen gefahren werden, besonders gefährdet. Denn auf solchen Sitzplätzen fehlen meist die modernen Sicherheitsstandards vom stabilen Autositz über den Dreipunktgurt bis zum Airbag.

Die folgende Unterweisung umfasst die theoretische Unterweisung und Ausbildung aller Kraftfahrer beim Transport behinderter Menschen.

Sie ist verpflichtend umzusetzen.

Die folgenden Informationen sind Grundlagen zum Betreiben eines Fahrdienstes für den öffentlichen Bereich, oder innerbetrieblichen Bereich, z.B.: zur Betreuung einer Tagespflege.

Anlagen: Anlage 10.1 Notfallplan Fahrdienst

Anlage 10.2 Meldungsformular (Vorkommnisse, Unfälle, Mängel)

Anlage 10.3 Fahrzeugübernahme / Fahrzeugübergabe

Anlage 10.4 Haftungsausschluss bei Beförderung von Rollstühlen

Anlage 10.5 Sicherheitsbelehrung Umgang mit Rollstühlen

Anlage 10.6 Praktische Unterweisung Fahrdienst

1. **Gefährdungen**

Beim sicheren Transport behinderter Menschen mit Kraftfahrzeugen sind sowohl die Kraftfahrer, als auch der Fahrgast einer Reihe von Gefahrenquellen ausgesetzt.

Diese sind:

* Kraftfahrzeug als Transportmittel
* (Ein- und Ausstieg) Be- und Entladevorgang von behinderten Menschen
* Umgang mit behinderten Menschen (Aggressivität, Erkrankungen)
* Infektionsgefahren beim Umgang mit infektiösen Menschen
* Sicherungssysteme der Rollstühle
* Straßenverkehr und Straßenverkehrsteilnehmer
* Verkehrswege
* Witterungsverhältnisse (Regen, Schnee, Glätte, Dunkelheit usw.)
* Persönliche Verhältnisse (Erkrankung, Medikamente usw.)

Diese Gefahrenquellen sind beim sicheren Transport behinderter Menschen zu beachten und bereits im Vorfeld in Auswirkung und Schutz zu berücksichtigen. Das Erstellen einer entsprechenden Gefährdungsbeurteilung ist Pflicht.

1. **Gesetzliche Bestimmungen**

Im Rahmen der sicheren Beförderung behinderter Menschen gelten die gesetzlichen Bestimmungen und der Stand der Technik als Wegweiser zur sicheren Beförderung von behinderten Menschen.

Diese sind:

* StVO (Straßenverkehrsordnung)
* StVZO (Straßenverkehrszulassungsordnung)
* UVV Fahrzeuge (Unfallverhütungsvorschriften)
* UVV Lastaufnahmeeinrichtungen (Unfallverhütungsvorschriften der Rückhaltesysteme)
* UVV Rollstuhlbrücken, oder Rampen (Unfallverhütungsvorschriften der Systeme)
* Arbeitsschutzgesetz (Ausstattung, Einweisung, Gesundheitsschutz)
* Betriebssicherheitsverordnung (Prüfung, Wartung und Instandsetzung)
* BO-Kraft: Betrieb von Kraftfahrzeugunternehmen im Personenverkehr
* PbefG: Personenbeförderungsgesetz
* Freistellungsverordnung zum Personenbeförderungsgesetz
* FeV: Fahrerlaubnisverordnung
* Freiwilligendienst-Regelung durch staatliche Verordnung
* DIN 75078 (Teile 1 und 2) – Kraftfahrzeuge zur Beförderung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität

Grundsätzlich unterliegt der Personenbeförderungsverkehr dem PBefG (Personenbeförderungsgesetz).

Der Unternehmer bedarf zum Transport zur Personenbeförderungen eine Urkunde nach § 17 PBefG.

Der Kraftfahrer benötigt eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung gemäß § 48 FeV (Fahrerlaubnisverordnung).

Grundlage ist der gewerbsmäßige Betrieb eines Fahrdienstes und das Verlangen eines Entgeltes für die Personenbeförderung.

Ausnahmen sind durch die Freistellungsverordnung zum Personenbeförderungsgesetz geregelt. Eine Befreiung lässt sich über die „Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes (Freistellungs-Verordnung – FStllgV)“ begründen.

Beispiel: Fahrten zur Tagespflegeeinrichtung (Hol- und Bringdienste)

Bestehen Zweifel darüber, ob eine Personenbeförderung den Vorschriften des PBefG unterliegt, so entscheidet gemäß § 10 PBefG die für den Sitz des Unternehmers zuständige, von der Landesregierung bestimmte Behörde.

Verstoß gegen das PBefG: Ordnungswidrigkeit

Gemäß § 61 Abs. 1 Nr. 1 PBefG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Personen mit Kraftfahrzeugen ohne eine nach dem PBefG erforderliche Genehmigung befördert. Eine solche Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 61 Abs. 2 PBefG mit einer Geldbuße bis zu € 20.000,00 geahndet werden.

Verstoß gegen die FeV: Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig handelt wer ohne gültigen Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung vorsätzlich, oder fahrlässig Personen mit Kraftfahrzeugen befördert. Diese Handlung kann mit Bußgeld, Entzug der Fahrerlaubnis und bei Eintritt einer schwerwiegenden Folge (Unfall) auch als Straftat ausgelegt werden.

Auswahl geeigneter Fahrzeuge für den sicheren Betrieb ist die DIN EN 75078 Teil 1 und 2. Sie stellt den Stand der Technik dar.

Zur Beförderung von Menschen mit Behinderungen müssen geeignete Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Ob beispielsweise ein handelsübliches Kraftfahrzeug eingesetzt werden kann oder ob eine besondere Ausstattung erforderlich ist, hängt von der Art und dem Grad der Behinderung der Fahrgäste ab, die befördert werden.

Die allgemeinen Anforderungen gelten für alle Fahrzeugkategorien gleichermaßen. Sie beziehen sich zum Beispiel auf:

• Fahrwerk

• Fahrerraum

• Fahrgastraum (Klimatisierung, Fußböden, Sitze, Fenster, Türen)

• Einstiegshilfen und Zusatzeinrichtungen

• Prüfung, Betriebsanleitung und Kennzeichnung

• Übereinstimmungszertifikat

Wenn ein Fahrzeug nach DIN 75078 Teil 1 und 2 bestellt wird, so muss der Aufbauhersteller oder der „Umbauer“ ein Zertifikat zur Verfügung stellen, in dem er bestätigt, dass er beim Umbau die Anforderungen der Norm für die gewünschte Fahrzeugkategorie beachtet hat und dass das Fahrzeug diese Anforderungen auch erfüllt.

3.1 Sichere Rückhaltesysteme für Rollstühle und Menschen mit Behinderung.

Während der Fahrt muss sowohl der Fahrgast als auch der Rollstuhl selbst gesichert werden. Dazu wird neben einem geeigneten Personenrückhaltesystem (PRS) ein Rollstuhlrückhaltesystem (RRS) benötigt. Beide Systeme müssen zusammenwirken und dürfen sich in ihrer Wirksamkeit gegenseitig nicht einschränken. Deshalb muss der Kräfteverlauf beider Systeme optimal aufeinander abgestimmt sein.

Rückhaltesysteme nach DIN 75078 Teil 2. Dazu muss der Rollstuhl mit einer Vorrichtung zur Befestigung des Rollstuhlrückhaltesystems und mit einem als Personenrückhaltesystem geprüften und zugelassenen Beckengurt ausgestattet sein. Realisiert wird dies zum Beispiel mit den sogenannten Kraftknotensystemen.

Bei den Kraftknoten handelt es sich um vier konstruktiv-ideale Punkte an einem Rollstuhl oder an einem nachrüstbaren Adaptersystem eines Rollstuhls, in welche die Rückhaltekräfte des Personenrückhaltesystems in das Rollstuhlrückhaltesystem weitergeleitet werden. Ferner wird hiermit die korrekte Geometrie des Beckengurts als rollstuhlseitigem Bestandteil des Personenrückhaltesystems sichergestellt (nach DIN 75078 Teil 2).

3.2 Absicherung gegen Haftungsansprüche.

Werden Rollstühle ohne Kraftknotenpunkte, oder ältere ungeeignete Rollstühle transportiert, ist vor Antritt der Fahrt ein Haftungsausschluss durch die zu befördernte Person zu unterzeichnen.

Grundsätzlich gilt, dass Rollstühle ohne Kraftknotenpunkte und ältere Rollstühle ohne DIN-Kennzeichnung als „Fahrsitz“ nicht zum Transport und der Sicherung im Fahrbetrieb geeignet sind. Bei einem Unfall kann es zu schwersten Verletzungen kommen, die auch den Tod des Fahrgastes verursachen können.

Wird ein Transport ohne Ausschluss der Haftung durch den Fahrdienst vorgenommen, haftet der Fahrdienst und/oder Fahrer(in).

Zugelassene Rollstühle sind nach DIN gekennzeichnet:

DIN EN 12183 oder DIN EN 12184

Rollstuhl- und Personenrückhaltesystems nach DIN 75078-2.

3.3 Fahrzeugseitige Komponenten des Rückhaltesystems

Das Fahrzeug muss geprüfte Rollstuhlrückhaltesysteme bereitstellen. Sie bestehen grundsätzlich aus einem Vier-Punkt-Gurtsystem und am Fahrzeugboden eingebauten Verankerungsmöglichkeiten, die es erlauben, die Gurte entsprechend der Rollstuhlbauart und -größe in definierten Abständen abzuspannen. Im Fahrzeug ist außerdem ein Schulterschräggurt vorgeschrieben, der in Kombination mit dem Beckengurt am Rollstuhl das Drei-Punkt-Personenrückhaltesystem bildet.

3.4 Rollstühle mit dem Kraftknotensystem nachrüsten.

Prinzipiell können viele Rollstühle mit einem Kraftknotensystem nachgerüstet werden. Zwingend vorgeschrieben ist die Umrüstung nicht. Wird aber ein veraltetes Rückhaltesystem verwendet, das nicht dem aktuellen Stand der Technik entspricht, kann dies im Schadenfall rechtliche Konsequenzen für den Fahrdienst wie auch für die Beförderten haben. Ob Rollstühle älteren Baujahrs genutzt werden dürfen, die keine Kennzeichnung als Fahrgastsitz besitzen, ist rechtlich derzeit nicht eindeutig geregelt.

3.5 Sonderfall „schwere Rollstühle“.

Bei Crashtests nach ISO 7176-19 kam es bei der Prüfung besonders schwerer Rollstühle vereinzelt zum Versagen einzelner Rollstuhlgurte. Für besonders schwere Rollstühle (> 25 kg; betrifft besonders Elektrorollstühle) fordern manche Rollstuhlhersteller deshalb ein 6-Punkt-Rückhaltesystem (vier Gurte hinten, zwei vorne), oder spezielle Schwerlast Rückhaltesysteme (Havy Duty).

Verankerungspunkte und Rückhaltesysteme sind kennzeichnungspflichtig (Nutzung; Lastgewicht, Schwerlast usw.).

3.6 Wartung, Instandhaltung und Prüfung.

Als Betreiber ist der Fahrdienst für Wartung, Instandhaltung und regelmäßige Prüfung der Fahrzeuge und ihrer Zusatzausrüstung verantwortlich. Der Betreiber ist verpflichtet ein entsprechendes Bestandsverzeichnis mit Angaben zu Prüfung, Instandsetzung und Wartung führen und aktuell zu halten (Betriebssicherheitsverordnung).

3.7 Rechtliche Grundlagen zu Prüfungen.

Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) § 29, Anlage VIII und VIIIa, und Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrzeugen im Personenverkehr (BOKraft) §§ 41,42 Pkw, die zur Personenbeförderung eingesetzt werden, müssen alle zwölf Monate zur Hauptuntersuchung. Dies gilt auch für Fahrzeuge, die im sogenannten freigestellten Verkehr (nach Freistellungsverordnung zum Personenbeförderungsgesetz) betrieben werden.

DGUV Vorschrift 70 – Fahrzeuge.

Jährliche Prüfung auf verkehrs- und betriebssicheren Zustand durch einen Sachkundigen, siehe BGG 916. Zustands- und Mängelkontrolle vor jeder Arbeitsschicht durch das Fahrpersonal, siehe BGG 915. Instandhaltung und Wartung nach Herstellerangaben mit Dokumentation

Betriebssicherheitsverordnung § 10

Regelmäßige Prüfung technischer Arbeitsmittel (zum Beispiel Rampe, Hub Lift) auf Funktionsfähigkeit mit Dokumentation der Prüfung (Prüffristen entsprechend den Herstellerangaben, mindestens einmal jährlich).

3.8 Auswahl und Qualifikation des Fahrpersonals

Die Fahrerinnen und Fahrer haben bei der Beförderung von Menschen mit Behinderungen eine zentrale Position: Häufig allein vor Ort, müssen sie situativ entscheiden und nach eigenem Ermessen handeln. Dabei tragen sie stets die Verantwortung für die Fahrgäste. Deshalb ist die bestmögliche Qualifikation des Fahrpersonals für alle Beteiligten besonders wichtig.

Fahrerinnen und Fahrer gewerblicher Fahrdienste benötigen in der Regel zusätzlich zum Kfz-Führerschein eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung, landläufig „P-Schein“ genannt. Dafür müssen sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

* Mindestalter 21 Jahre
* Führerschein Klasse B seit mindestens zwei Jahren, oder Klasse D
* Ortskenntnis
* Feststellung der körperlichen und geistigen Eignung in der Regel durch eine verkehrsmedizinische Untersuchung nach Fahrerlaubnisverordnung
* Keine straßenverkehrsrechtlichen Auffälligkeiten
* Polizeiliches Führungszeugnis
* Soziale Kompetenz

3.9 Delegation und Verantwortung.

Die Geschäftsführung ist für die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten während der Arbeitszeiten verantwortlich. Sie kann diese Verantwortung teilweise delegieren, ihr obliegt dann aber die Kontrolle, ob die geltenden Rechtsvorschriften und internen Anordnungen eingehalten werden.

Wenn den Beschäftigten Aufgaben übertragen werden, sollte dies schriftlich festgehalten werden. Die Beschäftigten müssen die nötige fachliche und persönliche Eignung besitzen. Mit der Delegation geht auch

die Verantwortung auf sie über. Sie müssen jedoch die Möglichkeit haben, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Dazu müssen sie neben der Weisungsbefugnis über die nötigen Ressourcen und materiellen Voraussetzungen verfügen können.

Eine für den Fahrdienst verantwortliche Person muss beispielsweise Einfluss auf die Beschaffung und die sicherheitstechnische Ausstattung der Fahrzeuge nehmen können.

Verantwortung - Verkehrssicherungspflichten

Der Betreiber eines Fahrdienstes und die/der Kraftfahrer(in) hat während der Ausübung Ihrer Tätigkeit die Verkehrssicherung, also den gefahrenfreien Betrieb, sicherzustellen.

Dazu zählt neben den gesetzlichen Regeln der StVO und StVZO (Straßenverkehr und Teilnahme) auch eine besondere Aufsichtspflicht und Betreuung der Fahrgäste (Menschen mit und ohne Behinderung).

Während des Be- und Entladevorgangs muss eine ständige Betreuung der Fahrgäste sichergestellt sein. Ein Entfernen vom Fahrzeug außerhalb der Rufweite, ist nicht statthaft. Kann dies nicht umgesetzt werden ist ein Fahrgastbetreuer, oder Begleitperson einzusetzen.

3.10 Begleitperson.

Der Fahrdienst übernimmt die Verantwortung für die Sicherheit der Fahrgäste. Die Fahrerinnen und Fahrer müssen die volle Aufmerksamkeit dem Straßenverkehr widmen können.

Wenn Fahrgäste beaufsichtigt oder besonders betreut werden müssen, darf dies nicht dem Fahrpersonal auferlegt werden. Eventuell müssen Begleitpersonen mitfahren.

Eine Begleitperson sollte immer dann mitfahren, wenn von einem Fahrgast eine konkrete Gefahr ausgeht, beispielsweise von aggressiven oder autoaggressiven Personen oder solchen mit spontanen Anfallsleiden. In besonders kritischen Fällen kann auch eine Einzelbeförderung notwendig und sinnvoll sein.

Der Be- und Entladevorgang im öffentlichen Straßenverkehr erfolgt unter Einsatz der Warnblinkanlage, ausreichend Beleuchtung (ggf. Fahrzeuginnenraumbeleuchtung, Außenbeleuchtung) und dem tragen einer Warnweste nach DIN EN 471:2003+A1:2007 bzw. der EN ISO 20471:2013 (Fahrer und ggf. Gehilfe), sowie besonderer Vorsicht beim Ein- und Aussteigen aus dem Fahrzeug, sowie Transportvorgang.

1. **Unterweisung**

Zu den organisatorischen Aufgaben im Fahrdienst gehört auch die regelmäßige Unterweisung der Beschäftigten. Fahrerinnen, Fahrer und auch Begleitpersonen im Fahrdienst müssen sowohl sicher in der Bedienung der Fahrzeuge und deren Zusatzausrüstungen sein, als auch souverän im Umgang mit den Fahrgästen. Sie müssen in vielen Situationen selbstständig entscheiden und auch Notfälle meistern können. Neben diesen grundlegenden Problemstellungen kann es je nach Fahrdienstaufgabe auch Bedarf für weitere Unterweisungsthemen geben.

Einweisungsthemen sind (Jährliche Wiederholung):

* Einweisung in das Kraftfahrzeug (Theorie und Fahrpraxis)
* Rechtliche Grundlagen Beförderung von Menschen mit Behinderung
* Bedienung von Rollstühlen (Mechanisch und Elektrisch)
* Bedienung von Rückhaltesystemen für Rollstühle
* Verhalten in Notsituationen
* Checkliste vor Fahrtantritt
* Maßnahmen zur Reinigung und Desinfektion
* Betriebsinterne Regelungen

Die Unterweisung „Sicherer Umgang beim Transport von behinderten Menschen-Fahrdienst“ ist jährlich vor der praktischen Unterweisung und Einweisungsfahrt mit Nachweis umzusetzen.

1. **Haftung.**

Der Arbeitnehmer haftet gegenüber dem Arbeitgeber auf Ersatz sämtlicher Schäden, die mit Verrichtung seiner arbeitsvertraglichen Aufgaben entstehen. Hierbei haftet der Arbeitnehmer für Schäden, die er vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht, allein.

Der Arbeitgeber behält sich zusätzlich, die Recht zur Weitergabe von Schadensersatzansprüchen aus Personen- und Sachschäden von Dritten Personen, aus der o.g. Haftung vor.

1. **Straf- und Arbeitsrechtliche Vorschriften.**

Der Arbeitnehmer muss in Kenntnis gesetzt werden, dass er für den ordnungsgemäßen Zustand des ihm anvertrauten Fahrzeuges verantwortlich ist. Bei Verstößen gegen die vorliegende Betriebsanweisung und Unterweisung ist der Arbeitnehmer in hieraus entstehenden Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren selbst verantwortlich und einstandspflichtig. Darüber hinaus können dem Arbeitnehmer bei wiederholten Pflichtverstößen gegen vorgenannte Vorschriften arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung entstehen.

1. **Theoretische und Praktische Ausbildungsinhalte**

7.1 Bedienung von Kraftfahrzeugen.

* Nur zugelassen mit gültigem Führerschein
* Nachweispflicht Führerschein (Kopie) gegenüber dem Arbeitgeber
* Nachweispflicht Bescheinigung Fahrgastbeförderung (Kopie) wenn erforderlich
* Mitteilungspflicht bei Änderung und Entzug Führerschein
* Führen von Fahrzeugen ohne gesundheitliche Einschränkungen durch Nebenwirkungen von Medikamenten (Mitteilungspflicht)
* Führen von Fahrzeugen nur mit 0,00 Promille Blutalkohol
* Führen von Fahrzeugen ohne Drogen jeglicher Art
* Fahrzeug Zugelassen und mit gültigem TÜV (alle 12 Monate)
* Fahrzeugpapiere und Fahrzeugdokumentation (Bedienungsanleitung, inkl. Anbauzubehör, Laderampen, Rückhaltesysteme)
* Erarbeiten Fahrzeugcheckliste vor Fahrtantritt
* Erarbeiten Fahrzeugcheckliste nach der Fahrt
* Praktische Einweisung Fahrzeugtyp (Extra Nachweis)
* Praktische Einweisung Einweisungsfahrt (Extra Nachweis)
* Es gilt während der Fahrt ein Handyverbot (Ausnahme Freisprecheinrichtung)

7.2 Umgang mit Fahrgäste.

* Höflich und Freundlich
* Fahrgäste werden angesprochen
* Unstimmigkeiten und Probleme werden schriftlich in einem Beschwerdeschreiben an die Unternehmensleitung weitergegeben
* Besondere Hindernisse, oder Gefahrenquellen werden angesprochen
* Fahrgäste werden ausschließlich durch die/den Fahrer(in) auf den Fahrzeugsitz geführt
* Unfälle mit Fahrgästen werden dokumentiert (Vorlage Unterlagen)
* Das Personenrückhaltesystem wird durch die/den Fahrer(in) angelegt und kontrolliert (Betriebsanweisung)
* Während der Fahrt werden keine Unterhaltungen mit den Fahrgästen geführt, oder auf das notwendigste reduziert
* Besondere Vorkommnisse und Beobachtungen werden unverzüglich den verantwortlichen Personen (PDL, Fahrdienstleiter, Angehörige) mitgeteilt

7.3 Umgang mit Rollstühlen.

* Personen ansprechen und Absicht erläutern (Beladen, Entladen, Befestigen usw.)
* Kontrolle auf sichtbare Beschädigungen (Reifen, Bremsen, Sitz, Beckengurt usw.; Mängel müssen schriftlich festgehalten werden)
* Funktionsprüfung und Bedienbarkeit (Mängel müssen schriftlich festgehalten werden)
* Kontrolle geeignete DIN-Norm zum Transport (Betriebsanweisung)
* Nicht geeignete Rollstühle dürfen nur nach schriftlicher Haftungsbegrenzung (Formular) transportiert werden
* Beckengurt am Rollstuhl anlegen
* Während dem Bewegungsvorgang auf Hände und Maßnahmen der betroffenen Personen achten. Achtung Unfallgefahr möglich
* Keine Bewegungen ohne Einwilligung umsetzen
* Rollstühle sind im Ruhezustand Grundsätzlich zu sichern
* Betriebsanweisung Umgang mit Rollstühlen beachten

7.4 Nutzung Rückhaltesysteme.

* Personen ansprechen und Absicht erläutern (Befestigen usw.)
* Geeignetes Rückhaltesystem an Rollstuhl (Kraftknotenpunkte, oder Rahmenhauptteile) anlegen.
* Achtung Unfallgefahr. Keine Befestigungsstellen außerhalb des Rahmens (Reifen, Naben, Speichen, Handstützen, Fußstützen usw.)
* Schwerlastgurte bei Rollstühlen über 25 kg Eigengewicht
* 4-Punkt System (2 x Vorne; 2 x Hinten)
* 6-Punkt System (2 x Vorne; 4 x Hinten; Schwerlast)
* Anlegen Kopfstütze (wenn vorhanden, wenn benötigt)
* Kontrolle Beckengurt Rollstuhl
* Anlegen 3-Punktgurt Personen
* Kontrolle aller Rückhaltesysteme
* Betriebsanweisung Befestigungssysteme beachten
* Herstellerangaben beachten
* Defekte Rückhaltesysteme dürfen nicht verwendet werden und sind unmittelbar bei der Geschäftsführung abzulegen





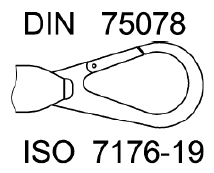
7.5 Anforderungen an das Rollstuhl- und Personenrückhaltesystem

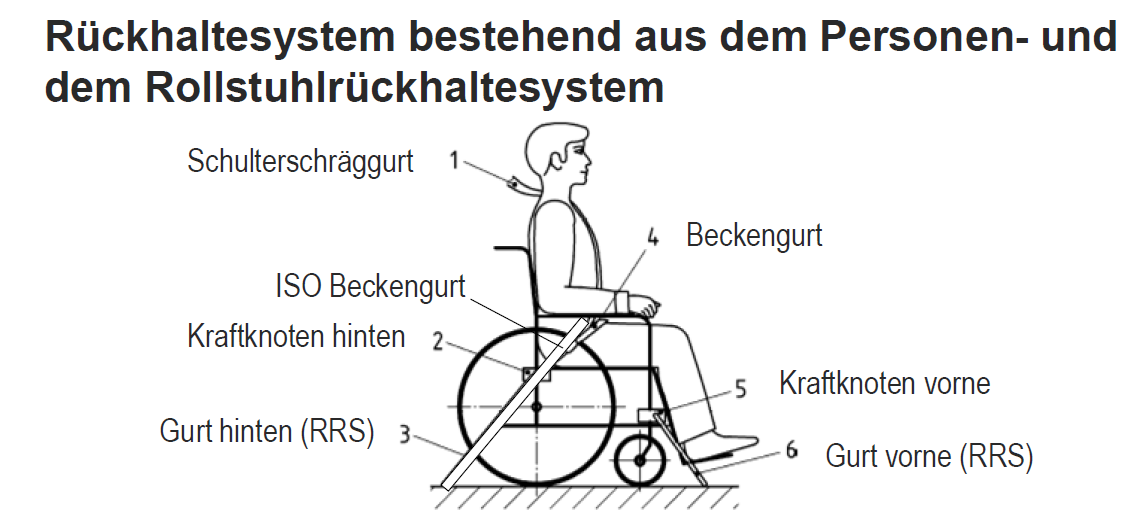
* Sicherheitsgurte nach ISO 10542-1 (z.B. ECE-R 16)
* Als Rückhaltesystem zugelassener Beckengurt ist Bestandteil des Rollstuhls
* Geometrische Definition der Schlosszungen
* Dynamische Prüfung nach ISO 10542-1

Bundesanstalt für Straßenwesen

Eine Verbindung mit Öse oder mit Gurtschloss nach Möglichkeit Bauartbedingt können auch sechs Punkt Gurtsysteme aufgrund des Rollstuhlherstellers gefordert werden.

Die Befestigungspunkte am Rollstuhl haben mit einer Schlosszunge oder einer Öse zu erfolgen, diese Befestigungspunkte müssen in der Regel (Kraftknotenpunkte) gekennzeichnet sein.





7.6 Checklisten vor Fahrtantritt und nach der Fahrt

Vor jeder Fahrt zum Personentransport ist eine Checkliste des Unternehmens, bezogen auf die Ausstattung des Fahrzeuges umzusetzen und schriftlich zu bestätigen.

Diese Checkliste umfasst in der Regel folgende Kontroll- und Prüfungspunkte und wird durch das Unternehmen erstellt:

* Sichtprüfung Fahrzeug (WOLKE; Wasser, Oelstand, Luft (Reifen und Profiltiefe), Kraftstoff und Elektronik (Beleuchtungsanlage inkl. Innenraum- und Arbeitsleuchte)
* PSA Personal und Fahrzeug (Warnwesten für jeden Sitz, Kälteschutzfolie für jeden Sitz, Warndreieck, Verbandkasten, Schutzhandschuhe Mechanisch 2 Paar, Schutzhandschuhe medizinisch Risikostufe 3, Entsorgungsbehälter-/sack Reisfest und Blickdicht, Einmallappen Papier, viruzid geeignetes Desinfektionsmittel zur Händedesinfektion, Desinfektionstücher für Oberflächendesinfektion, Feuerlöscher Fahrzeug, Brechbeutel
* Fahrzeugpapiere und Bedienungsanleitungen
* Führerschein und ggf. zusätzliche Papiere (Personenbeförderung)
* Betriebsanweisungen und Notfallweisung
* Sicht- und Funktionskontrolle Fahrzeugsitze, Gurte und Fahrstuhlrückhaltesysteme

7.8 Reinigung und Desinfektion

Nach jeder Fahrt / Arbeitstagende ist das Fahrzeug im Innenraum grob zu reinigen

Abfallsammelbehälter zu entleeren.

* Routinedesinfektion Lenkrad, Schaltung und Bedienelemente (Griffe, Haltepunkte Fahrzeug)
* Blut, Sekret, Stuhlgang, Urin, Erbrochenes ist gemäß des Desinfektions- und Reinigungsplan und Beachtung der PSA unmittelbar zu entfernen. (inkl. Desinfektion)
* Wöchentlich ist eine ausführliche Gesamtreinigung, Innen und Außen umzusetzen. (Weisung Unternehmen)

7.9 Verhalten im Straßenverkehr

Fahrgäste mit und ohne Behinderung lenken Ihre Konzentration bei der Fahrt in der Regel nicht auf den Straßenverkehr, sondern werden durch besondere Ereignisse überrascht. Rollstühle sind i.d.R. nicht als Fahrsitze geeignet und bieten nur wenig Seitenhalt. Eine besondere und geeignete Fahrweise und ein vorrausschauendes Fahren ist daher unbedingt erforderlich.

Grundsätzlich gilt:

* Ich halte mich immer an die vorgegebene Geschwindigkeitsangabe
* Ich fahre Sicher und Defensiv
* Ich bremse langsam und bereits weit vor einem Haltepunkt
* Ich fahre langsam an und beschleunige nur langsam
* Kurven befahre ich langsam und ohne Berührung von Bordsteinkanten
* Ich vermeide Überholmanöver
* Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung ist untersagt
* Ich spreche nicht, oder nur sehr kurz mit Fahrgästen
* Be- und Entladeaufgaben im öffentlichen Straßenverkehr führe ich nur mit Warnweste und eingeschalteter Warnblinkanlage aus
* Vor Fahrtbeginn prüfe ich den richtigen Sitz aller Rückhaltesysteme

7.10 Verhalten in Notfallsituationen

Notfallsituationen sind neben Kfz-Unfällen auch „Beinahe Unfälle“, oder Bremsmanöver bei den die Fahrgäste und Rollstühle / Rückhaltesysteme nicht unerheblichen Belastungen ausgesetzt sind, oder Personen durch Übelkeit, Erbrechen, Aggressivität oder Erkrankungen die Fahrt gestört wird. Ebenso technische Probleme am Fahrzeug, bzw. Gesundheitliche Probleme Kraftfahrer(in).

Grundsätzlich gilt:

* Ich reagiere unmittelbar auf jede Betriebsstörung
* Ich bringe das Fahrzeug gezielt und sicher zum Stand und sichere es (Handbremse, Motor aus) gegen unbeabsichtigtes freisetzen
* Ich sichere den öffentlichen Straßenverkehr ab (Warnweste, Warndreieck, Warnblinkanlage an)
* Ich verschaffe mir einen Überblick und reagiere sofort (Erste Hilfe usw.)
* Ich kann im Fahrgastraum zu jedem Fahrgast persönlichen Kontakt aufnehmen (Ausreichend Platz)
* Ich informiere die Betriebsleitung, Fahrdienstleitung

Zusätzliche grundsätzliche Maßnahmen in Notfallsituationen

* Bremsmanöver mit starker Belastung für Fahrgäste und Ausstattung
* Kontrolle Fahrgäste auf Personenschäden (Befragung)
* Kontrolle aller Rückhaltesysteme auf festen Sitz (Sicht- / Funktionsprüfung)
* Bei festgestellten Schäden sofortige Mangelbehebung
* Festhalten der Ereignisse (Formblatt), Meldung an Leitung

Zusätzliche grundsätzliche Maßnahmen bei Unfall

* Kontrolle Fahrgäste auf Personenschäden (Befragung, ggf. Notarzt, Rettungswagen)
* Kontrolle aller Rückhaltesysteme auf festen Sitz (Sicht- / Funktionsprüfung)
* Bei festgestellten Schäden sofortige Mangelbehebung
* Fahrt darf nur mit einem einsatzbereiten Fahrzeug umgesetzt werden
* Polizei Unfallaufnahme
* Festhalten der Ereignisse (Formblatt), Meldung an Leitung

Zusätzliche grundsätzliche Maßnahmen in Notfallsituationen

Bergen und Abschleppen von Fahrzeugen

* Grundsätzlich nur ohne Fahrgäste

Unfall, Panne Fahrzeugabsicherung

* Fahrzeug sichern
* Warnblinkanlage aktivieren
* Warnweste anlegen
* Warndreieck im Fahrzeug öffnen
* An der Fahrbahn abgewandten Seite aussteigen wenn möglich
* Warndreieck vorhalten und aufstellen (Autobahnen 200 Meter, besser 300 Meter; Landstraßen 100 Meter; Innerorts 50 Meter; Auf Kurven und unübersichtliche Stellen achten; Aufstellung am Fahrbahnrand; Wenn möglich bei Nacht und schlechter Sicht, Blinkleuchte zwischen Fahrzeug und Warndreieck)
* Polizei informieren zur weiteren Absicherung (Notruf 112; Kostenfrei, bei Autobahn und Landstraße)
* Bis zur Absicherung Fahrzeuge auf Autobahnen durch Verkehrsposten (Hände winken) auf Pannenstelle aufmerksam machen
* Rollstühle bleiben im Fahrzeug (Bis Ersatzfahrzeug vor Ort)
* Eigenständige Fahrgäste verlassen das Fahrzeug und bringen sich hinter der Leitplanke / oder neben Fahrstreifen in Sicherheit (Warnwesten tragen)

7.11 Be- und Entladevorgang Personen- und Rollstuhltransport.

Der Be- und Entladevorgang von Personen mit und ohne Behinderung, Fahrgäste ohne Rollstuhl und Fahrgäste mit Rollstuhl werden grundsätzlich ins Fahrzeug geführt. Dabei werden Sie auf Gefahrenstellen und Sicherungspunkte (Haltegriffe) aufmerksam gemacht. Alle Fahrgäste werden durch die/den Fahrer(in) gesichert, oder zur Sicherung unter Kontrolle aufgefordert.

Grundsätzlich gilt:

* Im Öffentlichen Straßenverkehr wird die Be- und Entladung von Personen nur mit Warnweste, eingeschalteter Warnblinkanlage und ausreichender Arbeitsplatzbeleuchtung durchgeführt
* Die Haltestelle sollte möglichst ebenerdig sein
* Nach sachgerechter Verbringung auf dem Fahrgastsitz wird die Fahrgastsicherung selbst angelegt, oder kontrolliert
* Die Sicherung der Rückhaltesysteme für Rollstühle erfolgt ausschließlich durch geschultes Fachpersonal des Fahrdienstes
* Bei der Sicherung der Rollstühle ist auf die Betriebsanweisung Rückhaltesysteme zu achten

Mechanische Rollstühle sind durch die/den Kraftfahrer(in) über geeignete Hilfsmittel (Rampen, Aufzüge) in das Transportfahrzeug zu verbringen. Dabei ist auf eine Verletzungsgefahr durch Eingriff des Fahrgastes auf das Fahrzeug und/oder den Rollstuhl, insbesondere der Bewegungen des Rollstuhles zu achten.

Vor Beginn des Beladevorgangs sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

* Sicherung des Fahrgastes (Rollstuhl) durch den Beckengurt
* Sichtprüfung Rollstuhl auf Beschädigung
* Funktionsprüfung Rollstuhl, inkl. Bremsen (Wirkung)
* Eignung Rollstuhl als Fahrsitz (nur DIN EN 12183 oder DIN EN 12184) ohne Kennzeichnung der DIN ist der Rollstuhl ohne Zulassung
* Eignung Rollstuhl zum Transport nach DIN EN 75078-2 (Kraftknotenpunkte am Rollstuhl; 2 x Vorne, 2 x Hinten mit Kennzeichnung)

Hinweis:

**Wenn Eignung nicht vorhanden, Mitteilung an Fahrgast und schriftlich (Formblatt) Haftung für Betreiber ausschließen lassen (Unterschrift Fahrgast). Keine Beförderung ohne DIN-Übereinstimmungen oder schriftlicher Erklärung.**

Weitere Maßnahmen:

* Bremsen lösen und langsam ins Fahrzeug bringen
* Rollstuhl sichern (Bremsen)
* Rollstuhl mit Rückhaltsystem sichern (Betriebsanweisung beachten)

Hinweis:

**Rollstühle über 25 kg Eigengewicht (i.d.R. Elektromobile) sind mit Schwerlastsystemen zu sichern. Aufschrift „Schwerlast“, oder „Havy Duty“, oder mit einem 6-Punkt-System nach DIN EN 75078-2.**

**Elektrorollstühle dürfen nur im kleinsten Gang unter Aufsicht des Fahrdienstes, oder durch die/den Kraftfahrer(in) langsam bedient werden. Das Mitfahren auf Hebebühnen ist dem Fahrdienst untersagt. Dabei ist die maximale Gewichtsbelastung der Rampe, oder Hebebühne zu beachten.**

**Die Sicherung der Rückhaltesysteme erfolgt im 4-Punkt-System (2 Vorne, 2 Hinten), oder im 6-Punkt-System (2 Vorne, 4 Hinten).**

* Rollstuhlfahrer(in) mit 3-Punktgurt sichern
* Kontrolle aller Sicherungen

1. **Fahrzeugübergabe.**

Die Fahrzeugübergabe im Personenbeförderungsdienst bedarf immer der schriftlichen Übergaben (Formular, oder Fahrtenbuch).

Erkannte Mängel, Besonderheiten und Hinweise sind darin schriftlich festzuhalten.

Eine Nutzung ohne Übergabe des Fahrzeuges ist nicht zulässig.